



Gruppe SPD / Helmuth Mönkeberg  
Bündnis 90 / Die Grünen / DIE LINKE

Heiliggeiststraße 2  
31785 Hameln

Tel.: 05151 – 10733-93  
Fax: 05151 – 10733-94  
Mail: [fraktion@spd-hameln-pyrmont.de](mailto:fraktion@spd-hameln-pyrmont.de)

Hameln, 10. Februar 2020

Büro des Landrats  
z. Hd. Carsten Vetter, Sabine Meißner  
Süntelstr. 9  
31785 Hameln

## **Antrag Seebrücke**

Beschlussvorschlag:

A)

Der Kreistag Hameln-Pyrmont bekennt sich zu seiner Verantwortung, Menschen zu helfen, die auf Grund von Krieg oder politische Verfolgung ihre Heimat verlassen haben und in der Europäischen Union Zuflucht suchen. Der Landkreis Hameln-Pyrmont erklärt sich deshalb aus seiner Verantwortung zu einem „Sicheren Hafen“. Dank der großen Unterstützung zahlreicher Einwohnerinnen und Einwohner hat er in den vergangenen Jahren geflüchteten Menschen in ihrer Not haupt- und ehrenamtlich Obdach und Hilfe gewährt und wird dies auch in Zukunft tun.

Die Zustände und Anfeindungen, denen Seenotretter\*innen und Gerettete ausgesetzt sind, sind beschämend und menschenunwürdig.

Der Kreistag Hameln-Pyrmont beschließt deshalb folgende Resolution:

1. Um ein klares Zeichen der Menschlichkeit und Offenheit unseres Kreises und seiner Menschen zu setzen, deklariert der Kreistag den Kreis Hameln-Pyrmont als „Sicheren Hafen“ und erklärt sich mit Menschen, die wegen Verfolgung, Krieg oder Folter auf der Flucht sind, solidarisch.
2. Unabhängig von den verschiedenen Positionen zur Asyl- und Migrationspolitik, die auch im Kreistag vertreten sind, bekennen wir uns klar zum Menschenrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Abschottung gegenüber Hilfesuchenden – und somit den Tod unschuldiger Menschen billigend in Kauf zu nehmen – ist kein legitimes politisches Mittel.
3. Der Kreis Hameln-Pyrmont sorgt dafür, dass alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Hilfe und Bildung, zur Verfügung gestellt werden. Damit schafft er die Voraussetzungen, dass Geflüchtete in unserem Landkreis ankommen können und ggf. hier eine neue Heimat finden.

4. Der Kreistag Hameln-Pyrmont ist bereit, Geflüchteten im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten Obdach und Hilfe zu gewähren und erklärt sich dem Bundesland Niedersachsen und der Bundesregierung gegenüber bereit, zusätzliche Aufnahmeplätze für Einreisende in diesen Programmen verlässlich zur Verfügung zu stellen; dieses gilt in besonderem Maße für aus Seenot gerettete Menschen.
5. Stoppt den Tod im Mittelmeer! Mit dieser Resolution wenden wir uns insbesondere auch an alle, die Verantwortung in der EU und im Bund tragen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Ursachen für Flucht und Vertreibung zu bekämpfen und alles Notwendige zu veranlassen, um Menschen vor dem Tod im Mittelmeer zu retten, statt durch unterlassene Hilfeleistung Menschen in Not ertrinken zu lassen.

Um die o.g. Ziele in die Tat umsetzen und den Menschen effektiv helfen zu können fordert der Kreistag des Kreises Hameln-Pyrmont zudem:

- die Vertreterinnen und Vertreter im Bundestag und im niedersächsischen Landtag auf, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für die o.g. Ziele einzusetzen.
- dass die aktive Behinderung und Kriminalisierung der Arbeit der Seenotrettung durch europäische Staaten umgehend beendet wird.
- dass die europäische Staatengemeinschaft ihrer Verantwortung bei der aktiven Seenotrettung gerecht werden muss und sich nicht auf die Arbeit Dritter verlassen oder Folter, Misshandlung und Tod von Menschen in Kauf nehmen darf.
- dass die Bundesregierung für die Verteilung und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen eindeutige Regelungen schafft, die zu einer solidarischen und gerechten Aufteilung der Geflüchteten in der EU führen.
- dass sich die Bundesregierung weiterhin und verstärkt für die Rettung der Menschen auf dem Mittelmeer sowie für eine Bekämpfung von Fluchtursachen (ungerechte Handelsstrukturen, Klimaveränderungen, Waffenexporte in Krisengebiete etc.) einsetzt.

B)

Zudem fordert der Kreistag Hameln-Pyrmont die Regierung des Landes Niedersachsen und die Bundesregierung auf, konkrete rechtliche Maßnahme vorzunehmen:

- Im Rahmen eines Re-Settlements – gem. §23 Abs. 4 AufenthG und anderen Programmen der legalen Aufnahme von Flüchtenden – dauerhaft und verlässlich höhere Aufnahmequoten als bisher zu vereinbaren.
- Die Streichung des Satzes 3 des §23 Abs.1 AufenthG, wodurch die Zustimmungserfordernis des Bundes für eine Flüchtlingsaufnahme entfiel.
- Die Einführung einer eigenständigen Norm zur zusätzlichen kommunalen Aufnahme entsprechend dem §23 Abs.1 AufenthG zur eigenständigen Aufnahme durch die Länder.

Sachverhalt:

Jeden Tag sterben auf dem Mittelmeer Menschen. Bereits über 650 Menschen sind im Jahr 2019 ertrunken, viele Tausende in den vergangenen Jahren, täglich kommen weitere hinzu. Die Dunkelziffer dürfte noch deutlich über den offiziellen Zahlen liegen. Europäische Regierungen stellen zum Teil nicht nur jegliche staatliche Seenotrettung ein, sondern kriminalisieren auch die zivilgesellschaftliche Seenotrettung und verhindern ihre Arbeit.

Das widerspricht unserer Überzeugung als weltoffener Kreis Hameln-Pyrmont. Die Bürgerinnen und Bürger haben hier in den vergangenen Jahren einen wertvollen Beitrag

Seite 2 von 2 zur Aufnahme von Hilfsbedürftigen geleistet und sich außerdem mit zahlreichen Aktivitäten an den Aufrufen der Initiative „Seebrücke – schafft sichere Häfen“ beteiligt.

Mit der Deklaration als „Sicherer Hafen“ zeigt der Kreis Hameln-Pyrmont seine Solidarität mit Geflüchteten, die auf dem Mittelmeer in Seenot geraten sind.

Des Weiteren ist es richtig und notwendig, die Ursachen für Flucht und Vertreibung zu bekämpfen. Dieses liegt jedoch nicht maßgeblich in der Macht der Kommunen.

Constantin Grosch

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'C. V. Q.' with a stylized flourish at the end.

Gruppensprecher

Michael Ebbecke  
Peter Kurbjuweit  
Stellvertretende Gruppensprecher